

EU-weite Ausschreibung nach VOB
Offenes Verfahren

Vertragspartei und Dienstleister

Beschaffer:

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Identifikationsnummer: entfällt

Internet-Adresse (URL): <https://www.anhalt-bitter...>

Postanschrift: Am Flugplatz 1

Postleitzahl / Ort: 06366 Köthen (Anhalt)

NUTS-3-Code: DEE05

Land: Deutschland

Kontaktstelle: Bereich Landrat/Vergabestelle

E-Mail: johannes.neumann@anhalt-bitterfeld.de

Telefon: +49 3496601175

Fax: +49 3496601193

Art des öffentlichen Auftraggebers: Kommunalbehörden

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche
Verwaltung

Beschafferprofil (URL): <http://www.sachsen-anhalt...>

Federführendes Mitglied: Ja

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder

Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer

bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt/abschließt:

Nein

Zentrale Beschaffungsstelle, die für andere Beschaffer bestimmte Lieferungen
und/oder Dienstleistungen erwirbt: Nein

Verfahren

Zweck:

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Beschreibung:

Interne Kennung: O/VgV/68/21-25/jn

Titel: Los 10 Fliesenlegerarbeiten - Neubau einer integrierten Leitstelle für den
Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Beschreibung: Los 10 - Fliesenlegerarbeiten für Neubau einer integrierten
Leitstelle für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Art des Auftrags: Bauleistung

Umfang der Auftragsvergabe:

Hauptklassifizierung (CPV-Code):

CPV-Code Hauptteil: 45431000-7

Ort, an dem die Beschaffung für das gesamte Verfahren stattfinden soll:

Postanschrift: Richard-Schütze-Straße 4

Postleitzahl / Ort: 06749 Bitterfeld-Wolfen, OT Bitterfeld

NUTS-3-Code: DEE05

Land: Deutschland

Bedingungen für die Einreichung eines Angebots:

Grundlage für den Ausschluss:

Auftragsunterlagen, Bekanntmachung

Ausschlussgründe:

Grund: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Beschreibung:

Grund: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung

Beschreibung:

Grund: Bildung krimineller Vereinigungen

Beschreibung:

Grund: Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen

Beschreibung:

Grund: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen

Beschreibung:

Grund: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung

Beschreibung:

Grund: Betrug oder Subventionsbetrug

Beschreibung:

Grund: Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung

Beschreibung:

Grund: Zahlungsunfähigkeit

Beschreibung:

Grund: Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen

Beschreibung:

Grund: Insolvenz

Beschreibung:

Grund: Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

Beschreibung:

Grund: Interessenkonflikt

Beschreibung:

Grund: Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung

Beschreibung:

Grund: Schwere Verfehlung

Beschreibung:

Grund: Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags

Beschreibung:

Grund: Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen

Beschreibung:

Grund: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von

Sozialversicherungsbeiträgen

Beschreibung:

Grund: Einstellung der beruflichen Tätigkeit

Beschreibung:

Grund: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben

Beschreibung:

Grund: Bildung terroristischer Vereinigungen

Beschreibung:

Grenzübergreifende Rechtsvorschriften:

Beschreibung: Es gelten die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der zwingenden und

fakultativen Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Weiterhin wird auf die Ausführung im FB 124 verwiesen.

Einzelheiten zum Verfahrenstyp:

Verfahrensart:

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Zusätzliche Informationen:

Zusätzliche Informationen: Anlagen, die soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen

234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft

124 Eigenerklärung zur Eignung

221/222 Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222

Es sind Erklärungen im Sinne des Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt vom Bestbieter vorzulegen.

Die rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Angaben des Bieters können im Rahmen eines Präqualifikationsverzeichnis oder Eigenerklärungen gem.

Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) oder anhand der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden.

Die Rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und Technischen Angaben des Bieters werden gemäß § 6 b Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EU VOB/A in Verbindung mit § 6 a Nr. 2 EU VOB/A mit dem Angebot durch Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) oder anhand der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) gem. § 6 b Abs. 1 S. 2 EU VOB/A abgegeben.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind ggf. die geforderten Bescheinigungen auf gesondertes Verlangen vorzulegen. Das Formblatt Eigenerklärung zur Eignung ist Bestandteil der Vergabeunterlagen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis anzugeben oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß der Eigenerklärung zur Eignung auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen.

Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, ab einem Auftragswert über 30.000 €, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister (§ 6 Wettbewerbsregistergesetz - WRegG) beim Bundeszentralregister anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen Ihres Herkunftslandes vorzulegen.

Anlagen, die ausgefüllt (auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle) einzureichen sind:

236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

Eigenerklärung Tariftreue

Eigenerklärung Nachunternehmer TVergG

Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022

Hinweis gemäß § 14 TVergG LSA

Nachunternehmen sind gemäß § 14 Abs. 1 TVergG LSA bei Angebotsabgabe schriftlich zu benennen.

Gemäß § 14 Abs. 2 TVergG LSA werden Öffentliche Aufträge nur an Bieter

vergeben, die schriftlich oder elektronisch erklären, dass eine Beauftragung von Nachunternehmern oder Verleihern nur erfolgt, wenn diese ihren Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen gewähren, die der Bieter selbst einzuhalten verspricht. Der Bieter hat die schriftliche Übertragung der Verpflichtung und ihre Einhaltung durch die beteiligten Nachunternehmer oder Verleiher sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Sollte das Angebot für den Zuschlag in Betracht kommen, werden die gleichen Eignungsnachweise, die der Bieter zu erbringen hat (Angabe der jeweiligen Nummer im Präqualifikationsverzeichnis bzw. Erklärungen und Bescheinigungen gemäß der Bekanntmachung), auch von den Nachunternehmern abgefordert. Zusätzlich kann gleichzeitig seitens des Auftraggebers auf gesondertes Verlangen das Formblatt 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen abgefordert werden.

Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis anzugeben oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen.

Mit der Abgabe des Angebotes unterliegt der Bieter den Bestimmungen über nichtberücksichtigte Angebote (§ 19 Absatz 1 VOB/A EU bzw. § 134 Absatz 1 GWB). Es gilt deutsches Recht.

Seit 01.03.2023 gilt in Sachsen-Anhalt das Tariftreue- und Vergabegesetz. Mit der Abgabe eines Angebotes sind die entsprechenden Bestimmungen Bestandteil der hier

betreffenden Maßnahmen.

Abweichende Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen eines Bieters sowohl als allgemeine Geschäftsbedingungen als auch in Form einzelfallbezogener Vertragsbedingungen werden nicht Vertragsbestandteil.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Verfahren vor der Vergabekammer für die unterliegende Partei kostenpflichtig ist.

Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2

GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. - soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind - bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw.

Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 - 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 S. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2 GWB).

Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend

gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. - soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind - bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1-3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

Bietergemeinschaften sind in diesem Verfahren zugelassen. Mit Angebotsabgabe hat der Bieter die Gründe für die Eingehung einer Bietergemeinschaft auf einer gesonderten Anlage darzulegen. Dies dient zur Überprüfung der kartellrechtlichen Zulässigkeit der Bietergemeinschaft.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist elektronisch über die Vergabeplattform zu übermitteln.

Beschaffungsinformationen (allgemein)

Vergabeverfahren:

Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren (Vorinformation,):

Bedingungen der Auktion:

Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

Auftragsvergabeverfahren:

Rahmenvereinbarung geschlossen: Keine Rahmenvereinbarung

Angaben zum dynamischen Beschaffungssystem: Kein dynamisches Beschaffungssystem

Bedingungen für die Einreichung eines Angebots:

Quelle der Auswahlkriterien:

Auftragsunterlagen

Weitere Bedingungen zur Qualifizierung:

Nachforderung von Unterlagen: Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Nachforderungen erfolgen gemäß VOB/A EU und TVergG

Vorbehaltene Auftragsvergabe:

Die Teilnahme ist geschützten Werkstätten und Wirtschaftsteilnehmern, die auf die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder benachteiligten Personen abzielen, vorbehalten: Nein

Nebenangebote:

Nebenangebote sind zulässig: Ja

Regelmäßig wiederkehrende Leistungen:

Auftrag über regelmäßig wiederkehrende Leistungen: Nein

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Ja

Anforderungen für die Ausführung des Auftrags:

Reservierte Vertragsdurchführung:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: Nein

Leistungsbedingungen:

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

eRechnung:

Elektronische Rechnungsstellung: Ja

Anforderungen:

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Verfahren nach der Vergabe:

Aufträge werden elektronisch erteilt: Ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: Ja

Organisation, die Angebote entgegennimmt:
oben genannte Kontaktstelle

Informationen zur Einreichung:

Fristen:

Frist für den Eingang der Angebote: 05.05.2025 09:00 Uhr

Bindefrist:

Laufzeit in Tagen: 42 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Sprachen der Einreichung:

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: DEU

Öffnung der Angebote:

Datum/Zeitpunkt der Angebotsöffnung: 05.05.2025 09:00 Uhr

Ort der Angebotsöffnung: Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Am Flugplatz 1, 06366 Köthen (Anhalt)

Einreichungsmethode:

Elektronische Einreichung zulässig: Ja

Adresse für die Einreichung (URL): <https://www.evergabe.de...>

Auftragsunterlagen:

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter (URL):

<https://www.evergabe.de/u...>

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: DEU

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Organisation, die zusätzliche Informationen bereitstellt:
oben genannte Kontaktstelle

Überprüfung:

Fristen für Nachprüfungsverfahren:

Informationen über die Überprüfungsfristen: Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann

dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 S. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10

Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15

Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2 GWB).

Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße

innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. - soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den

Vergabeunterlagen erkennbar sind - bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden

(§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1-3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach

Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Identifikationsnummer: t:03455141536

Postanschrift: Ernst-Kamieth-Str. 2

Postleitzahl / Ort: 06112 Halle (Saale)

NUTS-3-Code: DEE02

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de

Organisation, die Nachprüfungsinformationen bereitstellt:

Schlichtungsstelle:

Beschaffungsinformationen (speziell)

Vergabeverfahren:

Beschreibung der Beschaffung:

Beschreibung: Los 10

140m² Reinigen des Untergrundes

140m² Grundieren des Untergrundes

65m² Verbundabdichtung

110m² keramische Wandbekleidung

40m² Feinsteinzeugfliesen Boden

1St Sauberlaufmatte 2,8*2,3m

Umfang der Auftragsvergabe:

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Ja

Besonders auch geeignet für Selbstständige, Besonders auch geeignet für sonstige KMU

Art der Auftragsvergabe:

Art der strategischen Beschaffung:

Erfüllungsort:

Geschätzte Laufzeit:

Datum des Beginns: 14.07.2025 Enddatum der Laufzeit: 26.08.2025

Verlängerungen und Optionen:

Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen:

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche

Beschaffungswesen: Nein

Verwendung von EU-Mitteln:

Die Auftragsvergabe wird zumindest teilweise aus Mitteln der Europäischen Union finanziert: Nein

Zusätzliche Informationen:

Zusätzliche Informationen: Eignungskriterien:

1. Eignung zur Berufsausübung

Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und

Handelskammer

Bewerber mit Sitz im Ausland müssen mit dem Angebot die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür ein im Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführte Registereintragung einschlägig ist; bei Bewerbergemeinschaften gilt dies für jedes Mitglied.

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren; Eigenerklärung ist ausreichend
Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit Betrieb beitragspflichtig ist)

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt; nicht älter als 1 Kalenderjahr)

Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG

qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)

Angabe, dass keine schweren Verfehlungen hinsichtlich der Zuverlässigkeit vorliegen

Angabe, ob Liquidation vorliegt

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

für 3 Referenzen je eine vergleichbare

Referenzbescheinigung

(siehe Formblatt 444) mit mindestens folgenden Angaben:

Ansprechpartner

Art der ausgeführten Leistung

Auftragssumme

Ausführungszeitraum

stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl.

Angabe der ausgeführten Mengen

Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer ggf. stichwortartige Beschreibung der besonderen

technischen und gerätespezifischen Anforderungen (bei Komplettleistung)

Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung

Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal)

Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE- Partner, Nachunternehmer)

ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden

Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

Diese Referenzen müssen Leistungen der letzten 5 abgeschlossenen Kalenderjahre enthalten, welche mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind.

Angabe der Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal

Bedingungen für die Einreichung eines Angebots:

Zuschlagskriterien:

Preis, Beschreibung: Preis zu 100%, Gewichtung: 100,00

Elektronischer Katalog:

Elektronischer Katalog: Nein